

Linz, 8. Mai 2023

PRESSEGESPRÄCH

Aktuelle IWS/Spectra-Umfrage:

Welche Einrichtungen brauchen die Gemeinden?

Als Gesprächspartner stehen zur Verfügung:

LAbg. Bgm. Christian Mader

Prof. Gottfried Kneifel

DI Peter Bruckmüller

Gemeindebund-Präsident

IWS-Geschäftsführer

Spectra-Marktforschung

Im Auftrag der Initiative Wirtschaftsstandort OÖ (IWS) hinterfragte das Forschungsinstitut Spectra die Notwendigkeit von Infrastruktureinrichtungen in den Gemeinden: Mit jeweils mehr als 90 Prozent Zustimmung führen die Liste der unbedingt benötigten Einrichtungen in den Kommunen Arzt, Feuerwehr, Kindergarten und Volksschule an.

Moderne Einrichtungen für sozialen Zusammenhalt

„Die Umfrage bestätigt die wichtige Rolle der Gemeinden in der Lebensrealität der Menschen. Gerade die jüngsten Krisen haben den Stellenwert des unmittelbaren Lebensraumes neuerlich bestärkt und die Bürgerinnen und Bürger sehnen sich in dieser turbulenten Welt nach Heimat, Halt und Geborgenheit. Auf den Schultern der Gemeinden lasten viele Herausforderungen, vom Ausbau der Kinderbetreuung über die Energiewende oder die Daseinsvorsorge: Die Aufgaben werden jedes Jahr mehr und daher brauchen die Gemeinden auch die nötige finanzielle Ausstattung“, fordert Gemeindebund-Präsident LAbg. Bgm. Christian Mader eine diesbezügliche Berücksichtigung bei den laufenden Finanzausgleichsverhandlungen zwischen Bund und Ländern.

Gemeinden – Fundament der Demokratie

Die Kommunen sind das Fundament für Demokratie und Mitgestaltung. Die Gemeinden sind für den Wirtschaftsstandort ein wichtiger Partner und zudem der größte Auftraggeber für die oö. Betriebe – mit einem Volumen von rund 500 Millionen Euro jährlich. Im Vergleich dazu betragen die Kommunalsteuereinnahmen aller oberösterreichischen Gemeinden (2022) rund 600 Millionen Euro. Daran erkennt man, dass hier akuter Handlungsbedarf besteht. Wer die Gemeinden für die Erfüllung ihrer Aufgaben finanziell stärkt, leistet einen wichtigen Beitrag zur Festigung und Weiterentwicklung der Demokratie.

„Das heißt aber auch, die Kommunen brauchen eine entsprechende Unterstützung sowie Kooperationen bei einem gleichzeitig klaren JA zur Gemeindeautonomie – Fusionen machen aber nur auf freiwilliger Basis Sinn“, betont IWS-Geschäftsführer Gottfried Kneifel.

Konkret gehe es dabei um Anreize und mehr Chancengerechtigkeit für den ländlichen Raum, Regionalisierung von Bundesstellen, die Steigerung der Rechtssicherheit im Bau und bei Raumordnungsfragen, die Beteiligung von Gemeinden am Betriebserfolg von Freiflächen-Solaranlagen sowie einer zukunftsorientierten Energie-Raumplanung mit mehr Rechtssicherheit durch Erstellung eines Netzausbau-Planes.

Masterplan für den ländlichen Raum – Regionen fördern

Konkrete IWS-Forderungen zur Stärkung der Regionen und ihrer Gemeinden liegen bereits auf dem Tisch: Der Punkt Dezentralisierung – dieser ist als „Masterplan ländlicher Raum“ sogar im Regierungsprogramm niedergeschrieben – ist dabei ein wesentlicher Punkt.

„Das Stadt-Land-Gefälle in den Bereichen Infrastruktur, Gesundheit und Ansiedelung von Bundesstellen wurde noch immer nicht in Angriff genommen“, erneuert Kneifel seine Kritik.

„Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Von 73 Bundesbehörden oder -agenturen und gesamtstaatlichen Institutionen befinden sich 69 in Wien. Zum Vergleich: In Deutschland sind 68 Bundesdienststellen auf 25 verschiedene Städte aufgeteilt.“ Eine frühere IWS-Studie habe

zudem nachgewiesen, dass die Verlagerung eines öffentlichen Dienstpostens nicht nur mehr Beschäftigung, sondern auch mehr als 50.000 Euro an zusätzlicher Wertschöpfung sowie eine Verstärkung der Kaufkraft in den Regionen bewirke.

Ortskerne beleben – Bodenverbrauch verringern

Aber auch die Belebung der Ortskerne ist eine vorrangige Aufgabe: Ziel muss es sein, so IWS-GF Kneifel, alle Möglichkeiten der wirtschaftlichen Nutzung von Altbauten, Leerständen im industriellen und gewerblichen Bereich sowie denkmalgeschützte Bauten vorrangig zu nutzen, bevor neues „Bauland auf der grünen Wiese“ konsumiert wird. Das bringt mehrfache Vorteile: Förderung der Identität, Regionalität und attraktive Tourismus-Ziele.

Die oberösterreichische Bevölkerung ist übrigens laut mehrerer Umfragen dazu bereit, die Politik auf diesem Weg zu unterstützen und zu begleiten. Gerade in Zeiten rückläufiger Baukonjunktur ist es daher sinnvoll, Anreize zu schaffen, damit mehr privates Kapital in die Erhaltung und Revitalisierung von baukulturell wertvollen Objekten und Immobilien in den Ortskernen investiert wird. *„Allerdings werden die Kommunen dieses Problem alleine nicht lösen können. Dazu bedarf es neben Unterstützung von Bund und Land auch der Eigeninitiative von Bewohnern, Hauseigentümern, Vereinen und Interessenvertretungen.“*

Maßnahmen zur Erhaltung des baulichen Altbestandes in den Ortskernen:

- vorhandene Infrastruktur, Straßen, Leitungen und Anschlüsse nützt
- wenig zusätzlicher Bodenverbrauch
- leichte Erreichbarkeit, Mobilität
- Renovierung schafft Arbeitsplätze im Handwerk und Gewerbe
- bringt dem Staat Steuern, weil bis zu 90 Prozent der Investitionen für Dienstleistungen und rund 10 Prozent Materialkosten anfallen
- Abschaffung der Liebhaberei-Verordnung
- Das Ziel: Bestimmte Baukubatur im Ortskern darf nicht teurer sein als die gleiche Kubatur an der Peripherie bzw. „im Speckgürtel“

Report

Die Notwendigkeit von Gemeindeeinrichtungen

März 2023



Qualität aus Überzeugung

Spectra Marktforschungsgesellschaft mbH.
Brucknerstraße 3-5/4, A-4020 Linz
Telefon: +43 (0)732 6901-0, Fax: 6901-4
E-Mail: office@spectra.at, www.spectra.at

Studiendesign 32-4426

Auftraggeber:



Aufgabenstellung:

Ziel der vorliegenden Studie war es, die Notwendigkeit von Gemeindeinfrastruktur, in jeder Gemeinde oder eben nur in ausgewählten Gemeinden bzw. in der Region, zu hinterfragen.

Stichprobe:

Die Erhebung richtete sich an n=807 Personen, repräsentativ für die oberösterreichische Bevölkerung ab 16 Jahren.

Methodik:

Die Durchführung der Befragung erfolgte im Rahmen des Spectra OÖ-CATI/Online-Bus. Dabei handelt es sich um eine Mehrthemenumfrage bei der n=807 Personen repräsentativ für die oberösterreichische Bevölkerung ab 16 Jahren befragt werden. Die Studie wurde als „Mixed Mode“ angelegt, das heißt, n=500 Interviews erfolgten telefonisch und n=307 Interviews online.

Timing:


Die Befragungen fanden von 1. bis 10. März 2023 statt.

Dokumentation:

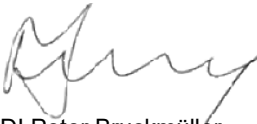
Die statistischen Fehlerspannen, die Tabellen und der Fragebogen befinden sich im Anhang.

Legende:

 **GRÜNE** Markierungen heben signifikante **positive** Unterschiede zwischen Gruppen hervor bzw. verweisen auf **positiv** hervorzuhebende Werte.

 **ROTE** Markierungen heben signifikante **negative** Unterschiede zwischen Gruppen hervor bzw. verweisen auf **negativ** hervorzuhebende Werte.

Projektleiter:



DI Peter Bruckmüller

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Prozentwert-Summen, die nicht genau 100% ergeben, resultieren aus Rundungsdifferenzen.

Versorgung/Infrastruktur

Feuerwehr, Kanal und Wasserversorgung sind absolute „Musts“ in der Versorgungsstruktur von Gemeinden. Auf diese Grundeinrichtungen der Infrastruktur möchte in der eigenen Gemeinde kaum jemand verzichten. Bauhof, PV-Freiflächen, eine Kläranlage und eine Rettungsleitstelle sind Einrichtungen, für die es laut einem Teil der Bevölkerung reicht, wenn sie in der Nachbargemeinde oder Region vorhanden sind, also nicht zwingend in der eigenen Gemeinde. Gänzlich unkritisch ist das Nicht-Vorhandensein von Wind-Energieanlagen, E- und Wasserkraftwerk oder eines Gerichts unmittelbar vor Ort. Was aber nicht heißt, dass man die Einrichtungen nicht als wichtig erachtet. Aber eben nicht unbedingt in der eigenen Gemeinde.

Volks-/Schulbildung

Ohne Erziehungseinrichtungen geht es in den Gemeinden nicht. Kinderkrippe, Kinderhort und Volksschule sind in der eigenen Gemeinde unabdingbar. Je höher dann die Schulstufen, desto eher ist das Vorhandensein der Einrichtungen in Nachbargemeinden oder zumindest der Region ausreichend. Seitens der gesellschaftlich-kulturellen Einrichtungen führt am Musikverein kein Weg vorbei. Drei von vier Oberösterreichern sehen den Musikverein in der eigenen Gemeinde als zwingend an.

Gesundheitseinrichtungen

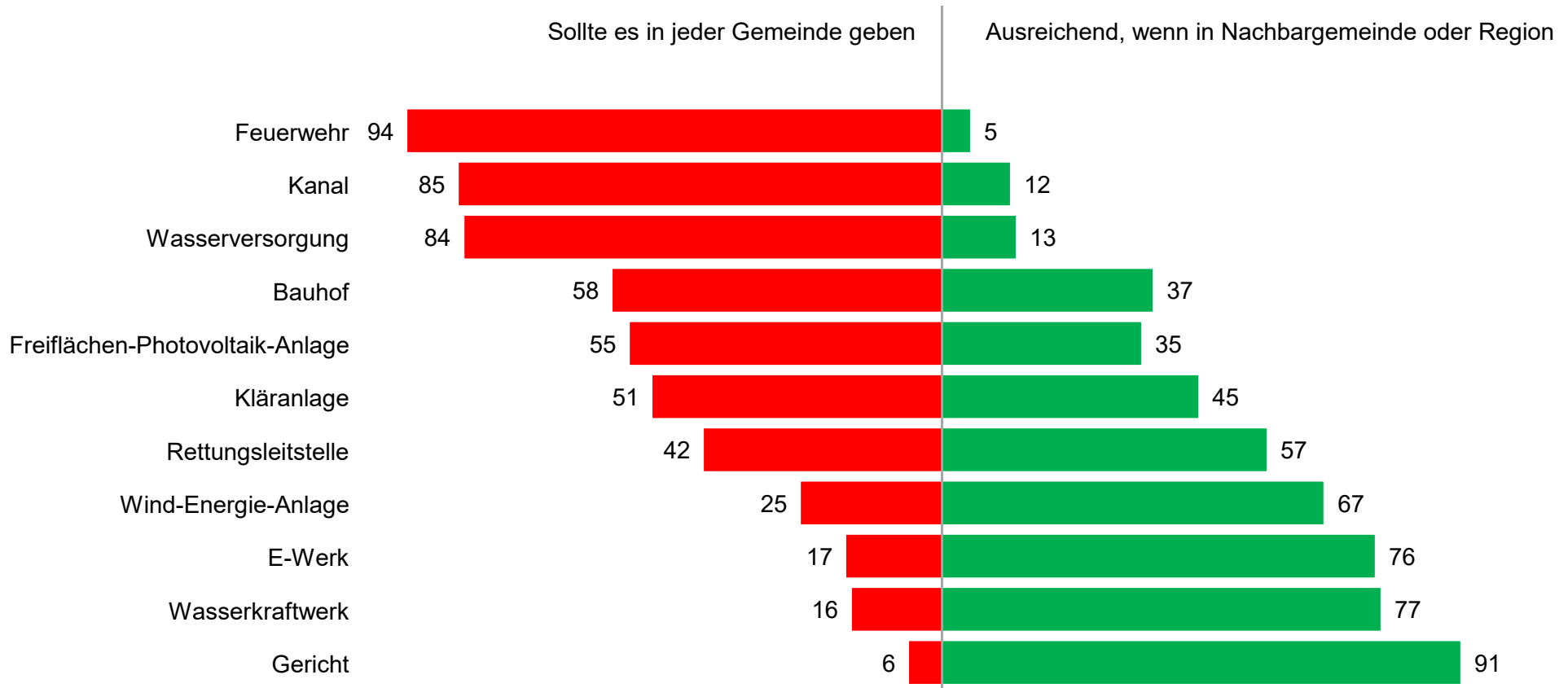
Wenig überraschend ist der praktische Arzt in der eigenen Gemeinde unverzichtbar. Das Gesundheitszentrum hingegen darf mehrheitlich in der Nachbargemeinde oder Region situiert sein. Ein Pflegeheim in der Nähe ist nicht unabdingbar, aber wünschenswert. Ein Krankenhaus darf in der Nachbargemeinde oder Region angesiedelt sein.

Sport-/Freizeiteinrichtungen

Das notwendige Sport- und Freizeitangebot in der Gemeinde ist gleichzusetzen mit dem Vorhandensein von Wanderwegen, einem Fußballplatz und einer Turnhalle. Für große und aufwändige Sportanlagen wie ein Sportzentrum, eine Tennishalle, ein Hallenbad genügt das Vorhandensein in Nachbargemeinden oder der Region. Das Gleiche gilt für Theater und Kino.

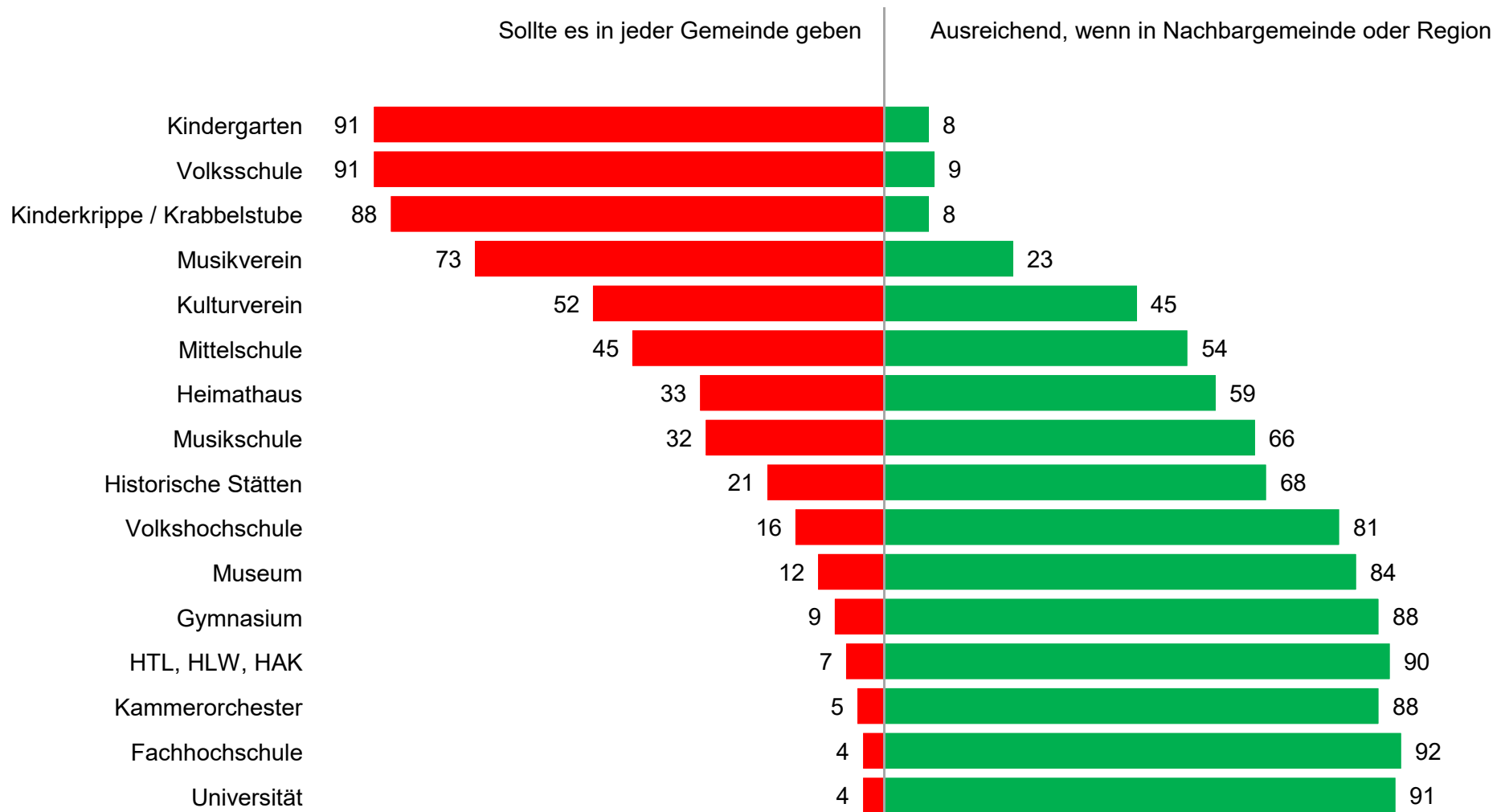
Öffentliche Verkehrsmittel

Der urbane Raum (Linz/Wels/Steyr) ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln sehr gut (68%) oder zumindest gut (29%) versorgt. Am Land ist die Versorgung (aus der Sicht der dortigen Bevölkerung) ausbaufähig.



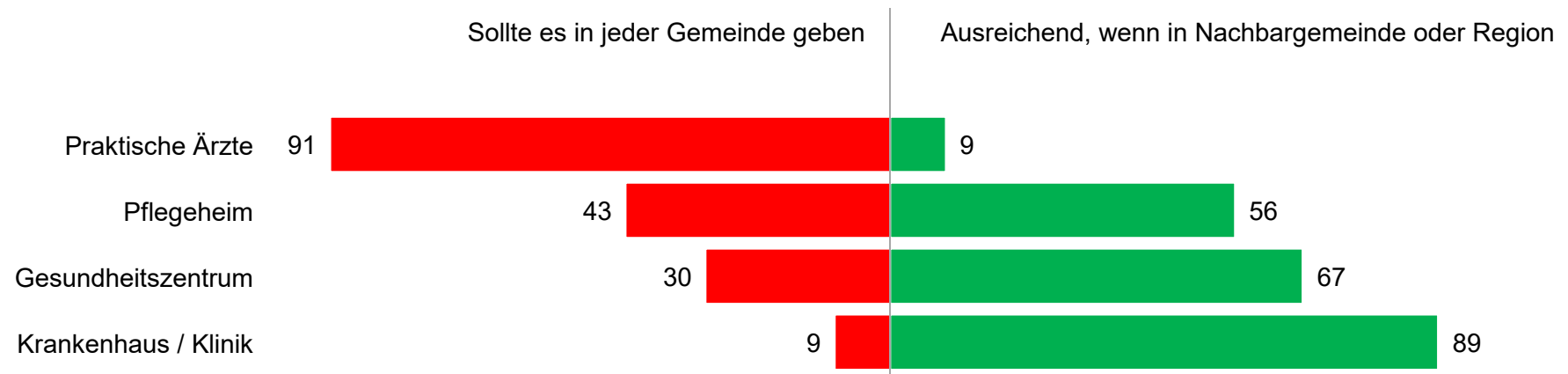
Frage 1: Es wird ja immer wieder diskutiert, ob es gewisse Einrichtungen in jeder Gemeinde geben muss, oder ob es für manche Einrichtungen auch reicht, wenn es diese in der Region in einer Nachbargemeinde gibt. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Einrichtungen, ob es diese in jeder Gemeinde geben sollte oder ob es ausreichend wäre, wenn es diese in einer Nachbargemeinde oder zumindest in der Region gibt.

Basis: OÖ Bevölkerung insgesamt / n=807 / Angaben in %



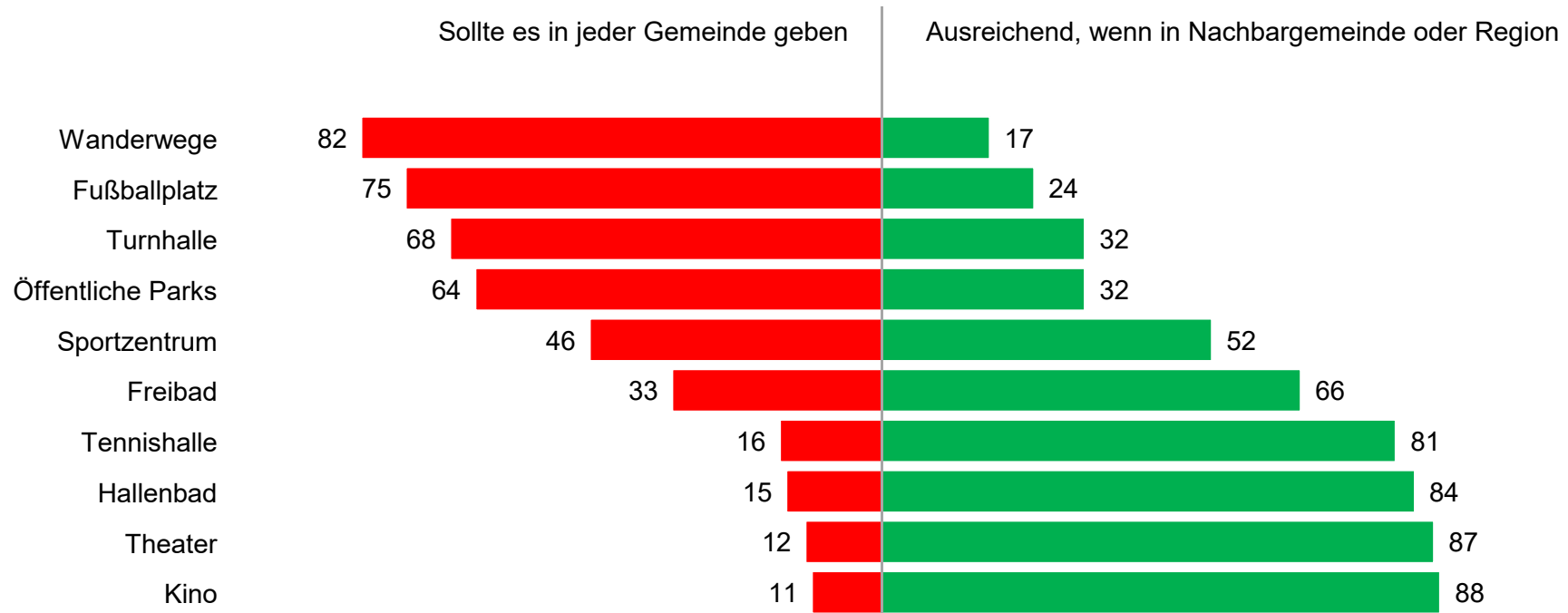
Frage 1: Es wird ja immer wieder diskutiert, ob es gewisse Einrichtungen in jeder Gemeinde geben muss, oder ob es für manche Einrichtungen auch reicht, wenn es diese in der Region in einer Nachbargemeinde gibt. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Einrichtungen, ob es diese in jeder Gemeinde geben sollte oder ob es ausreichend wäre, wenn es diese in einer Nachbargemeinde oder zumindest in der Region gibt.

Basis: OÖ Bevölkerung insgesamt / n=807 / Angaben in %



Frage 1: Es wird ja immer wieder diskutiert, ob es gewisse Einrichtungen in jeder Gemeinde geben muss, oder ob es für manche Einrichtungen auch reicht, wenn es diese in der Region in einer Nachbargemeinde gibt. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Einrichtungen, ob es diese in jeder Gemeinde geben sollte oder ob es ausreichend wäre, wenn es diese in einer Nachbargemeinde oder zumindest in der Region gibt.

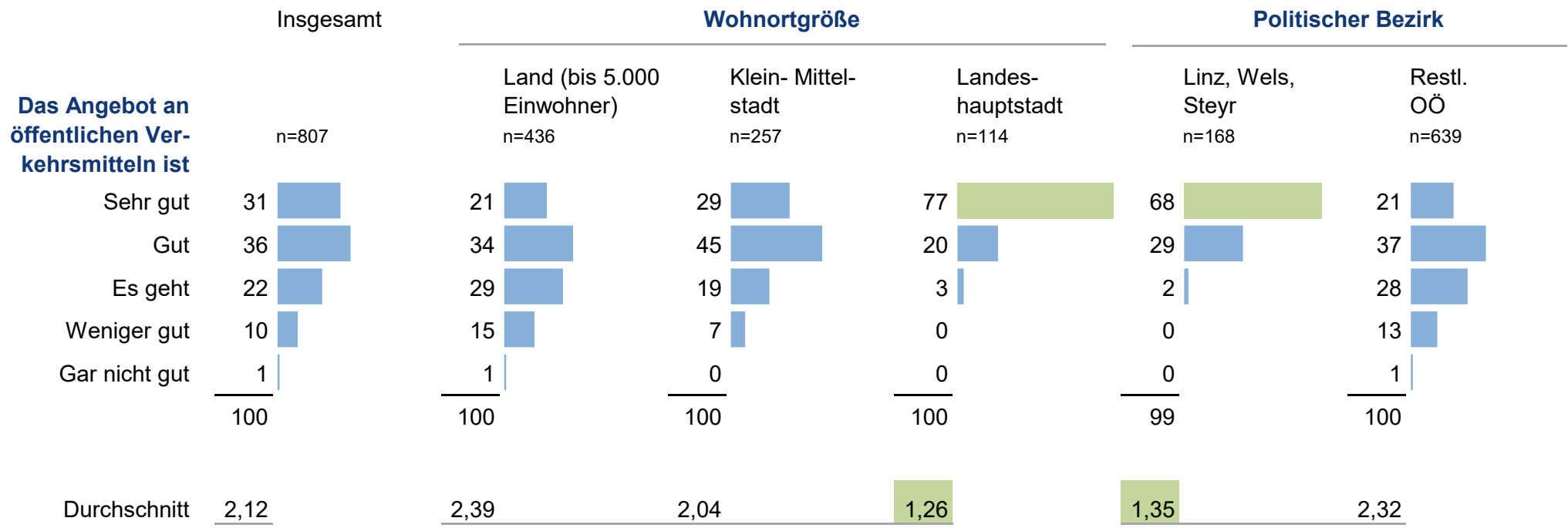
Basis: OÖ Bevölkerung insgesamt / n=807 / Angaben in %



Frage 1: Es wird ja immer wieder diskutiert, ob es gewisse Einrichtungen in jeder Gemeinde geben muss, oder ob es für manche Einrichtungen auch reicht, wenn es diese in der Region in einer Nachbargemeinde gibt. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Einrichtungen, ob es diese in jeder Gemeinde geben sollte oder ob es ausreichend wäre, wenn es diese in einer Nachbargemeinde oder zumindest in der Region gibt.

Basis: OÖ Bevölkerung insgesamt / n=807 / Angaben in %

Ausreichendes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln?



Frage 2: Ist das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln in Ihrer Gemeinde -

Basis: OÖ Bevölkerung / Angaben in %